Wochenblatt, 29.04.2019

Ausgabe Singen, Onlineartikel

Gewerkschaftsjugend fordert deutliche Verbesserungen für neues Berufsbildungsgesetz

Der Nachwuchs der IG Metall mit dem politischen Nachwuchs der Parteien beim Gruppenbild nach dem Podium.

Diskussionsrunde mit jungen Politikern soll Botschaft in die Parteien bringen

Singen. Unter dem Motto „BBiG besser machen!“ hatte die IG Metall Jugend Singen zusammen mit der DGB Jugend Südwürttemberg und der jungen NGG Baden-Württemberg-Süd zu einer Diskussionsrunde mit Politikerinnen und Politikern verschiedener Parteien eingeladen. Grund hierfür ist die gerade laufende Überarbeitung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG). Dieses regelt die Ausbildungsbedingungen von über 500.000 Auszubildenden in Deutschland und ist damit von besonderer Bedeutung für die Gewerkschaftsjugend.

Die Regierungsparteien aus CDU, CSU und SPD haben sich in ihrem Koalitionsvertrag zum Ziel gesetzt, das neue Berufsbildungsgesetz noch in diesem Jahr zu beschließen. Aus der Sicht der Gewerkschaftsjugenden greifen die geplanten Änderungen viel zu kurz und blenden wichtige Aspekte einfach aus. Dies nahmen sie zum Anlass, die Bundestagsabgeordneten, Landtagsabgeordneten und verantwortliche Politikerinnen und Politiker der demokratischen Parteien im Wahlkreis zu einer Diskussionsrunde einzuladen und sie mit den Anforderungen an ein modernes Berufsbildungsgesetz zu konfrontieren. Berthold Jörke (Vorstandsmitglied der SPD Singen), Levin Eisenmann (Kreisvorsitzender der Jungen Union Konstanz), Tizian Mattes

(Vorsitzender des Stadtverbandes der Jungen Union Singen), Michael Preisler, (stellvertretender Kreisvorsitzender der Jungen Liberalen), sowie Simon Pschorr (Spitzenkandidat der Partei Die Linke zur Kommunalwahl 2019) stellten sich den Fragen der Gewerkschaftsjugend. Viele Jugend- und Auszubildendenvertreterinnen und -vertreter von regionalen Unternehmen wie Constellium, Allweiler, BCS AIS oder Gohm + Graf Hardenberg schilderten ihre täglichen Erlebnisse aus dem betrieblichen Alltag und konfrontierten die Politikerinnen und Politiker mit ihren Erfahrungen.

Die Modernisierung der dualen Ausbildung muss vor allem von den Auszubildenden aus gedacht werden und das bedeutet, es muss klare Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die Auszubildenden in den unterschiedlichen Ausbildungsberufen geben. Es braucht verbindliche Mindeststandards, um Qualität und Rahmen der Ausbildung branchenübergreifend zu gewährleisten. Nach einer konstruktiven Diskussion sahen alle anwesenden Vertreter der Parteien und deren Jugendorganisationen die Forderungen der Gewerkschaftsjugend im Grundsatz als nachvollziehbar und berechtigt an und werden sich in ihren jeweiligen Gliederungen für die Forderungen einsetzen.

Darüber hinaus übt die Gewerkschaftsjugend Kritik an fehlenden Regelungen für dual Studierende: „Dual Studierende benötigen endlich einen rechtlichen Rahmen für den praktischen Teil ihrer Ausbildung im Betrieb“, stellt Fabian Fink, Gewerkschaftssekretär der IG Metall Singen, klar. „Duale Studienmodelle bewegen sich oft im rechtsfreien Raum. Das hat zur Folge, dass dual Studierende ihre Ausbildungsmittel häufig selbst finanzieren oder hohe Fahrtkosten tragen zu müssen. So bildet man keine Fachkräfte der Zukunft aus!“, erklärt Fink weiter.

Auch mit der geplanten Einführung einer Mindestausbildungsvergütung ist die Gewerkschaftsjugend nicht zufrieden. Das Bundesministerium plant die Einführung einer Mindestausbildungsvergütung in Höhe von 504 € im ersten Ausbildungsjahr. Diese orientiert sich am Schüler-BAföG. Laut Gewerkschaftsjugend führe dies zu einer Verschlechterung für viele junge Menschen in den Betrieben.